

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 10 / Oktober 2009 · Ausgabe Niedersachsen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

Grundsatzforderungen des SoVD an die Politik

Die Wähler haben entschieden –
jetzt ist die Regierung gefordert!

Seite 2

Studie zur Lebensqualität von Kindern

Jedes sechste Kind
gilt als bedürftig

Seite 4



„20 Jahre Deutsche Einheit“ – Mitmachen & Gewinne sichern!

Der große Wettbewerb der
SoVD-Zeitung geht in die letzte Runde

Seite 7

SoVD fordert die künftige Regierung auf: Wahlversprechen einlösen – Freibeträge anheben!

Schonvermögen bei Hartz IV erhöhen

Die Wähler haben entschieden, nach dem Wahlsieg von Schwarz-Gelb laufen bereits die Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung. Selten war der Wahlausgang im Vorfeld so ungewiss wie dieses Mal, der Faktor X so groß. Noch kurz vor dem Wahltag zeichneten die Wahlforscher ein unsicheres Stimmungsbild.

Im Kopf-an-Kopf-Rennen um die Wählerstimmen entdeckten plötzlich alle Parteien das Thema Schonvermögen bei Hartz IV. In ihren Wahlprogrammen forderten die im Bundestag vertretenen Parteien eine Anhebung der Freibeträge für das Altersvorsorgevermögen bei Hartz-IV-Bezug – eine längst überfällige Einsicht. Und eine Forderung, für die der SoVD bereits bei der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Jahr 2005 eingetreten ist. Für die Hauptleidtragenden der aktuellen Regelung, die Langzeitarbeitslosen, ist die Frage nach einem besseren Schutz der zusätzlichen Altersvorsorge von entscheidender Bedeutung. Denn die Härte bei den derzeitigen Grenzen im Schonvermögen trifft in aller Regel nicht privilegierten Privatbesitz, sondern zumeist den Rest an Kleinvermögen, das im Alter einen kleinen Teil von Handlungsfähigkeit retten könnte. Das ist bedrohlich für eine Generation, der die Rente mit 67 zugemutet wird, und die die Auswirkungen der Wirtschaftskrise direkt zu spüren bekommt.

Wer heute etwas Geld zurückgelegt hat – und sei es, um im Alter für Zahnimplantate oder Heilmethoden, die von der Krankenkasse nicht



Karikatur: Plaßmann

Bevor der erste Euro vom Jobcenter fließt, müssen Menschen bei längerer Arbeitslosigkeit ihre Rücklagen für das Alter weitgehend aufbrauchen.

übernommen werden, aufkommen zu können – der gerät in große Bedrängnis, wenn er in eine Phase des Hartz-IV-Bezuges rutscht. Nahezu alles Ersparte muss abgeschmolzen werden, bevor der erste Euro vom Jobcenter fließt. Betroffen von der aktuellen Gesetzeslage sind auch Alleinerziehende, die ihr Sparbuch ebenfalls weitgehend auflösen müssen, wenn sie Arbeitslosengeld II beantragen – selbst in dem Fall, dass dieses nur ergänzend zu einem Teilzeitverdienst geschieht.

„Für die Menschen ist es existen-

ziell, dass sie bei längerer Arbeitslosigkeit ihre Rücklagen für das Alter nicht weitgehend aufbrauchen müssen, bevor sie das Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen können. Das viel zu niedrige Schonvermögen bringt Menschen um ihre Lebensleistung“, mahnt SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Aus Sicht des SoVD stellt es ein Armutszeugnis für die Politik dar, dass diese trotz der seltenen Einmütigkeit in einem sozialpolitischen Thema die Anhebung der Freibeträge noch nicht beschlossen

hat und stattdessen ein für viele Menschen entscheidendes Problem zum Wahlkampfthema machte.

Gegenwärtig dürfen Hartz-IV-Empfänger laut SGB II nur sehr begrenzte Freibeträge behalten, ohne dass dieses Geld auf den Leistungsbezug angerechnet wird. Der Grundfreibetrag liegt bei 150 Euro pro Lebensjahr für Geldvermögen plus 250 Euro pro Lebensjahr für eine Altersvorsorge, die erst bei Rentenbeginn angetastet werden kann. Der Höchstbetrag für ein Altersvor-

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Mit zehn sozialpolitischen Forderungen hatte der SoVD vor der Wahl einen Maßstab für die Kandidaten und Kandidatinnen der Bundestagswahl gesetzt. Jetzt ist die künftige Bundesregierung gefordert, die gerade in Zeiten der Krise besonders notwendigen sozialen Sicherungssysteme zu erhalten. Es darf auch unter Schwarz-Gelb keinen Sozialabbau geben. Die neue Regierung muss dafür Sorge tragen, dass die aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erwachsenden Belastungen sozial gerecht verteilt werden. Hierbei sind die Vorleistungen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen, die für die schweren Zeiten nicht verantwortlich sind. Das bedeutet: Die Folgen wachsender Arbeitslosigkeit und sinkender Reallöhne dürfen nicht auf dem Rücken sozial benachteiligter und älterer Menschen ausgetragen werden. Es darf keine Sanierung des Bundeshaushaltes auf Kosten finanziell schwacher Bevölkerungskreise geben. Wenn die Koalition ihre Arbeit aufnimmt, wird der SoVD wachsam sein. Er wird aufmerksam verfolgen, ob gegebene Versprechen eingehalten werden – zugunsten eines Sozialstaates, der niemanden im Stich lässt.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerechten-Risikoversicherung*

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Leistung bereits ab Pflegestufe 1
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG
MANNHEIMER

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Angela Merkel als persönliche Garantin: „Ich bin keine andere geworden!“

Führungswechsel: Nach vier Jahren Großer Koalition wird Deutschland erstmals seit 1998 wieder von Union und FDP regiert. Die SPD erlebte ein Desaster und verlor so viel Stimmen wie noch nie eine Partei zwischen zwei Bundestagswahlen. Nach dem Wahlsieg wollen Union und FDP schnell eine Regierung bilden. Das schwarz-gelbe Kabinett soll spätestens bis zum Jahrestag des Mauerfalls am 9. November im Amt sein. Die Erwartungshaltung an die neue Regierung ist hoch – trotz oder gerade wegen der leeren Kassen. Sie werde den Kontakt zu Unternehmen und Gewerkschaften fortsetzen, verspricht Angela Merkel. Ihr Ansatz sei es, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen einzubinden. Sie strebe eine

sozial ausgewogene Politik an. Diese werde „sowohl in Achtung vor denen, die Arbeitsplätze schaffen, als auch im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen“ handeln. Dafür sei sie persönliche Garantin. So will die Regierungschefin die Mindestlohn-Vereinbarungen nicht zurücknehmen und von einer Lockerung des Kündigungsschutzes nichts wissen. Auch die liberalen Ideen, die gesetzlichen Krankenkassen zu privatisieren, hätten bei ihr keine Chance. Auf Forderungen aus dem Lager der künftigen Opposition, keine „Politik zulasten der Ärmern“ zu machen, antwortete Merkel am Abend ihres Wahlsieges in der „Elefanten-Runde“: „Ich bin heute keine andere geworden.“ Wir werden sie daran messen! vvo